



Abstimmung Industriezubringer Schaan

Der Bau einer Umfahrungsstrasse sorgte für erregte Gemüter. Gegen den Bau wurde das Referendum ergriffen. Bei der Abstimmung am 12./14. März 2010 sprach sich eine knappe Mehrheit von 51,9 Prozent für den Industriezubringer aus. (Foto: Michael Zanghelli)



Abstimmung über Landesspital

Mit knapper Mehrheit genehmigte der Landtag 83 Millionen Franken für ein neues Landesspital. Gegen den Kredit wurde das Referendum ergriffen. Bei der Abstimmung am 28./30. Oktober warfen 58,1 Prozent ein Nein in die Urne. (Foto: Michael Zanghelli)

Fürst Hans-Adam II.: Ein geschäftstüchtiger Visionär, der gerne über den Tellerrand blickt

Interview Fürst Hans-Adam II. legte die Grundsteine zu den Mitgliedschaften der UNO und des EWR und erwies sich als erfolgreicher Unternehmer. Das Staatsoberhaupt Liechtensteins kann auf bewegte 30 Jahre zurückblicken. Doch auch die Zukunft will er mitgestalten und an aussergewöhnlichen Ideen mangelt es nicht.

VON SILVIA BÖHLER

«Volksblatt»: Durchlaucht, in den vergangenen 30 Jahren haben Sie massgeblich an der Gestaltung des Landes mitgewirkt. Sind Sie mit Ihrem bisher Geschaffenen zufrieden? Fürst Hans-Adam II.: Ja, die erste und schwierigste Aufgabe war zweifellos der Wiederaufbau des fürstlichen Vermögens, und das war wiederum die Voraussetzung für die verschiedenen innen- und aussenpolitischen Reformen. So konnte ich zum Beispiel der Regierung und dem Landtag mitteilen, die damals gegen eine UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins waren, dass ich diese Mitgliedschaft auch in eigener Kompetenz entscheiden kann, solange ich die Kosten übernehme. Das hat dann dazu geführt, dass Regierung und Landtag zumindestens mehrheitlich der UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins zugestimmt haben. Ich war dann auch sehr froh, dass es mir über eine Volksabstimmung gelungen ist, die Mitgliedschaft Liechtensteins im Europäischen Wirtschaftsraum zu erreichen, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Zollvertrages. Ich hatte diese Lösung ausgearbeitet und in Gesprächen mit dem Schweizerischen Bundesrat und der EU-Kommission in Brüssel erreicht, dass sie meinem Vorschlag zustimmen, dass wir sowohl Mitglied des EWRs werden bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Zollvertrages, falls in der Schweiz der EWR in der Volksabstimmung abgelehnt wird. Auch da waren die Regierung und der Landtag am Anfang dagegen, da man die Meinung vertrat, wir müssten die gleiche Politik wie die Schweiz verfolgen und den EWR ablehnen, falls er auch in der Schweiz abgelehnt wird.

Die Auseinandersetzungen über die liechtensteinische Aussenpolitik haben dazu geführt, dass eine Reihe von Politikern in Liechtenstein eine grundlegende Verfassungsänderung wollte, bei der die Monarchie sich im Wesentlichen auf Repräsentationsaufgaben beschränken sollte. Auch da ist es mir zusammen mit dem Erbprinzen gelungen, unsere Vorstellungen über eine Volksabstimmung zu verwirklichen.

Blicken wir nochmals zum Beginn Ihrer Amtszeit. Das Jahr 1989 war geprägt vom Fall des Eisernen Vorhangs - in den Ostblockstaaten wurde jegliches kommunistische Regime über den Haufen geworfen, die Berliner Mauer ist gefallen. Wie haben Sie diese Zeit erlebt? Mein Vater und ich haben den Zeitpunkt sehr früh kommen sehen, uneins waren wir uns nur über den Zeitpunkt und wie das von statten geht. Ich kann mich noch erinnern, als Helmut Kohl Anfang der 1980er-

Jahre das erste Mal Bundeskanzler wurde und auf Schloss Vaduz zu Besuch war. Wir diskutierten über den Zustand des sogenannten Ostblocks. Mein Vater sagte, dass dieser noch vor Ende des Jahrhunderts friedlich wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen werde, und Kohl sich auf die Wiedervereinigung vorbereiten müsse. Kohl konnte das nicht glauben. Mein Vater hatte recht behalten und an seinem Totenbett konnte ich ihm die Nachricht des Mauerfalls noch berichten. Ein paar Tage später ist er gestorben.

Sie haben dann die Regentschaft übernommen. Welches waren Ihre Ziele? Wie sollte sich Liechtenstein weiterentwickeln?

Das wichtigste Ziel war die UNO-Mitgliedschaft, das war für mich schon mit 18 Jahren ein wichtiger Punkt. Damals habe ich ein Praktikum beim amerikanischen Senat gemacht und kannte die Mitglieder der aussenpolitischen Kommission. Es gab die Idee, Staaten, die kleiner als Luxemburg sind, nicht mehr die volle Mitgliedschaft zuzugestehen. Das wäre für uns natürlich sehr schlecht gewesen, wir wären auf internationaler Ebene ein Staat zweiter Klasse geworden. Sehr wichtig war mir, wie erwähnt, auch der EWR bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Zollvertrages mit der Schweiz.

Darf ich hier kurz einhacken? Sie sahen den Zerfall der Ostblockstaaten und strebten gleichzeitig eine Mitgliedschaft in verschiedenen Staatenverbänden an. Warum waren Sie sich so sicher, dass Sie hier den richtigen Weg einschlagen?

Liechtenstein hatte nach dem 1. Weltkrieg versucht, Mitglied des Völkerbundes zu werden, das wurde aber damals von allen Staaten abgelehnt mit Ausnahme der Schweiz. Auch bei der UNO gab es erhebliche Widerstände gegen die Mitgliedschaft von Staaten, die kleiner sind als Luxemburg, wobei Luxemburg ein Gründungsmitglied der UNO war. Für mich war die UNO-Mitgliedschaft die internationale Anerkennung als souveräner europäischer Staat, was mir wiederum wichtig war, bei der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Integration Europas. Die Mitgliedschaft im EWR gibt unserer Wirtschaft den Zugang zu diesem grossen europäischen Markt, als ob wir ein Mitgliedsland der EU wären. Die schweizerische Wirtschaft hat diesen Zugang nicht, nachdem der EWR dort in der Volksabstimmung abgelehnt wurde.

Es gab dennoch eine ganze Reihe von Kritikern - Finanzanwälte, Treuhänder, Banken. Warum haben Sie sich von diesen nicht beirren lassen?

In den verschiedenen Diskussionen hatte ich den Eindruck, dass diese sich nie ernsthaft mit der Materie auseinandergesetzt haben. Ich musste auch in unserer eigenen Bank - der LGT - einige Überzeugungsarbeit leisten, aber der Finanzplatz hat meiner Meinung nach durch die Mitgliedschaft im EWR gewonnen.

Im Nachhinein gesehen, war es die richtige Entscheidung. Ja, soweit ich weiss, verlangt niemand mehr, dass wir aus der UNO austreten oder das EWR-Abkommen kündigen sollen.

Wie wir wissen, haben Sie die Volksabstimmung 2003 haushoch für sich entschieden. Wie erleben Sie den Rückhalt der Bevölkerung heute?

In der Verfassungsabstimmung gab es eine sehr grosse Mehrheit für den Vorschlag, den der Erbprinz und ich unterbreitet haben. Es hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass das Vertrauen der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner in das Fürstenhaus sehr gross ist, und das hat auch entscheidend dazu beigetragen, dass dieser Kleinstaat in der Mitte dieses unruhigen Kontinents, in dem sich die Grenzen ständig verschoben haben, alte Staaten untergingen und neue entstanden sind, überlebt hat. Wir sind meines Wissens auch der älteste Staat, der in seinen Grenzen überlebt hat. Es gibt einige wenige Staaten, die älter sind wie Liechtenstein, aber die waren in der Vergangenheit entweder grösser oder kleiner.

Die Volksabstimmung hat die Monarchie meiner Meinung nach nochmals gestärkt. Eine ganze Reihe von Gegnern bekundeten uns auch ihr Einsehen und haben gesagt: «Wir waren gegen eure Vorschläge, jetzt sehen wir aber, wie notwendig die Reformen waren.»

Das Fürstenhaus ist aber nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich erfolgreich. Bereits in den 1970-er Jahren haben Sie als Erbprinz die Verwaltung des fürstlichen Vermögens übernommen und daraus ein erfolgreiches Familienunternehmen geschaffen. Wie sind Sie hier vorgegangen?

Meine Eltern haben mir am Ende des Gymnasiums gesagt, ich müsste Wirtschaft studieren, um das fürstliche Vermögen neu aufzubauen. Während meines Praktikums im amerikanischen Senat habe ich mich sowohl in Harvard als auch in Princeton erkundigt, denn es war nicht nur mein Wunsch, sondern der Wunsch vieler meiner Altersgenossen damals, in den U.S.A. zu studieren. Interessanterweise hat man mir sowohl in Harvard als auch in Princeton St. Gallen empfohlen. Ich habe dann schon während meines Studiums in St. Gallen über einige Angestellte, die ich kannte und die sehr besorgt über die Zukunft des



fürstlichen Vermögens waren, so gut es ging Informationen gesammelt.

Mein Vater hatte 1938, als er seinen Wohnsitz nach Liechtenstein verlegte, die Verwaltung des fürstlichen Vermögens seinen Brüdern übertragen. Diese waren dieser nicht einfachen Aufgabe nach den grossen Verlusten im 2. Weltkrieg und der Nachkriegszeit durch die Enteignungen - meiner Meinung nach - durch ihre Ausbildung noch durch ihr Talent gewachsen. Ich habe mich zuerst auf unsere Bank und das liechtensteinische Vermögen konzentriert. Ich konnte meinen Vater überzeugen, sein ganzes Vermögen in eine liechtensteinische Stiftung einzubringen. Im Stiftungsrat, der damals aus fünf Mitgliedern bestand, hatte ich dank zwei Fachleuten - einer für die Bank, ein anderer für das übrige Vermögen - eine Mehrheit. Zwei Jahre später, 1972 habe ich auch das nicht-liechtensteinische Vermögen übernehmen können, das hauptsächlich in Österreich lag. Es waren in den ersten zwei bis drei Jahren keine einfachen Zeiten,

und ich wusste nicht, ob es mir gelingt, einen Konkurs des fürstlichen Vermögens abzuwenden.

Wie stellt sich das heutige Portfolio Ihrer Unternehmungen dar?

Unsere ganze Finanzgruppe ist vom Wert und Ertrag sicher der bedeutendste Teil heute. Dann gibt es den traditionellen Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Immobilien, wobei es mir auch hier gelungen ist, diesen geografisch und spartenmässig zu diversifizieren. Mit unserem Reissaatgut-Geschäft sind wir in Nord- und Südamerika tätig und haben jetzt auch noch in Indien begonnen. Neben dem Reissaatgut-Geschäft habe ich noch ein Forstpflanzen-

unternehmen aufgebaut, das in Österreich erfolgreich und jetzt auch ausserhalb Österreichs tätig ist. Ein sehr wichtiger Vermögensteil, der allerdings keinen Ertrag abwirft, ist der gesamte Kunstbesitz. Meinem Vater ist es gelungen, gegen Ende des 2. Weltkrieges den grössten Teil der Kunstsammlungen zu retten und mit Verkäufen aus dem Kunstbesitz

«Ich wusste nicht, ob es mir gelingt, einen Konkurs des fürstlichen Vermögens abzuwenden.»

2012



300 Jahre Oberland
Nach dem Festjahr 1999, zur Erinnerung an den Kauf von Schellenberg, wurde das Festjahr «300 Jahre Oberland» organisiert. Zum Gedenken an den Kauf der Grafschaft Vaduz 1712 an das Fürstenhaus Liechtenstein. (Foto: Paul Trummer)

2013



Gründung von RhySearch
Liechtenstein und der Kanton St. Gallen gründeten das Forschungs- und Innovationszentrum «RhySearch» in Buchs. RhySearch bietet der produzierenden Wirtschaft praktische Dienstleistungen an. (Foto: Michael Zanghellini)



Fürst Hans-Adam II. hat sich trotz Kritikern in seinen politischen Zielen nicht beirren lassen und bewies auch wirtschaftlich ein gutes Händchen. Heute widmet er sich dem Bau von schwimmenden Städten. (Foto: Paul Trummer)

war es möglich, die engere und weitere Familie finanziell zu unterstützen. Mir ist es dann glücklicherweise noch zu Lebzeiten meiner Eltern gelungen, die Sammlung wieder auszubauen, sei es indem ich Kunstwerke, die verkauft worden sind, zurückkaufen konnte oder ähnliche Kunstwerke gekauft habe.

Darf ich hier nochmals einhaken?
Vor gut zehn Jahren musste Liechtenstein seine Strategie - hin zu Transparenz und Steuerkooperation - ganz grundsätzlich ändern. Wie sehen Sie die Entwicklungen aus heutiger Sicht?

Ich war mir immer sicher, dass unser Finanzplatz auch ohne Bankgeheimnis sich erfolgreich weiterentwickeln kann. Viele Treuhänder und Banken haben geglaubt, dass die Kunden nur wegen des Bankgeheimnisses nach Liechtenstein kommen. Ich wusste, dass das nicht stimmt, solange wir einen guten Service bieten können. Manche Kunden hat der Finanzplatz zwar verloren, andere dafür aber gewonnen, die vorher nicht bereit waren, nach Liechtenstein zu kommen, nicht zuletzt wegen des Bankgeheimnisses und dem damit verbundenen etwas zweifelhaften Ruf. Der Finanzplatz in Liech-

tenstein ist in den letzten zehn Jahren weiter gewachsen.

Wie sehen Sie die Schaffung des «digitalen» Finanzplatzes - gerade wurde ja das «Blockchain-Gesetz» verabschiedet? Welche Bedeutung hat das Gesetz für Liechtenstein? Wie hoch ist das Potenzial, neue Kunden zu generieren?

Ich glaube, das Potenzial wird überschätzt. Unsere Vorteile sind die gute Kundenberatung, die Möglichkeiten des Stiftungswesens, Vermögen zu bewahren und für die nächsten Generationen zu sichern. Das ist das, was uns neben den niedrigen Steuern und der geringen Bürokratie ausmacht.

Welche Projekte liegen Ihnen aktuell am Herzen?

Das sind schwimmende Städte. Ich habe festgestellt, dass die höchsten Preise für Grundstücke am Wasser bezahlt werden. Das brachte mich schon vor vielen Jahren auf die Idee, schwimmende Städte zu bauen. Ich

arbeite hier mit einer holländischen Gruppe zusammen, die sich mit Wasserbauten auskennt.

Können Sie uns ein wenig über Ihre Pläne zu den Städten erzählen? Wohnungen und Büroräume mit Blick auf das Meer sind sehr begehrt. Die höchsten Preise für Grundstücke am Meer werden in Tokio bezahlt. Je nachdem wie eng man wohnen will - wir gehen von europäischen Verhältnissen aus - bietet die schwimmende Stadt Platz für rund 30 000 Menschen je Quadratkilometer. Die Häuser der schwimmenden Stadt können nicht höher als drei Stockwerke sein, die Dächer würde ich mit Pflanzen und Sträuchern begrünen.»

konzipiert, damit benötigen sie weniger Platz. Alle Gehsteige sind mit schönen Arkaden überdacht, das heisst, man kann auch über den Gehsteigen bauen. Die Häuser der schwimmenden Stadt können nicht höher als drei Stockwerke sein, die Dächer würde ich mit Pflanzen und Sträuchern begrünen, sodass die Hochhäuser auf Grünflächen schauen. Auf drei Seiten gibt es zudem

«Die Häuser der schwimmenden Stadt können nicht höher als drei Stockwerke sein, die Dächer würde ich mit Pflanzen und Sträuchern begrünen.»

Strandelemente und Richtung Meer einen Schutz gegen Tsunamis und Haifische. Hier sind wir aber noch in Diskussionen, wie das konkret aussehen soll. Das Projekt nimmt wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren noch viel Zeit in Anspruch. Aber das hält mich beschäftigt und die Kinder sind ganz froh darum (lacht).

Möglicherweise spielt Ihnen sogar der Klimawandel mit dem Ansteigen des Meeresspiegels in die Hände. Was halten Sie von den jungen Menschen, die aktuell auf die Strasse gehen und für ihre Zukunft demonstrieren?

Natürlich macht man sich zu Recht Sorgen, wenn sich das Klima verändert. Wirklich kritisch wird es, wenn sich das Klima so erwärmt, dass die Antarktis schmilzt. Das sind dann riesige Wassermengen, die sich ins Meer ergiessen. Das ist ein Problem, denn entlang der Meere gibt es die grösste Bevölkerungsdichte. Keine Frage, die Menschheit wird überleben, aber gewisse Städte werden verschwinden.

Was kann Liechtenstein in Bezug auf das Klima leisten? Unser Einfluss ist minimal.

Europa ist heute bereits Ziel vieler Migranten. Der Klimawandel wird diese Situation eventuell noch verschärfen.

Die Migranten sind meiner Meinung nach nicht aufgrund des Klimas auf der Flucht, sondern weil sie hier in Europa mehr verdienen. Die Gründe sind vor allem die schlecht funktionierenden Staaten in Afrika, in denen keine Rechtsstaatlichkeit herrscht, die nicht in die Bildung investieren und nicht in der Lage sind, Industrien und eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Stattdessen werden Menschen verfolgt, Bürgerkriege und Landraub betrieben. Da haben wir Europäer natürlich auch grosse Fehler gemacht. Es wurden Unmengen von Summen an Entwicklungshilfe bezahlt, von denen man gewusst hat, dass die in korrupten Taschen versickern. Eine grössere Gefahr sehe ich aber im Terrorismus. Auch die islamische Welt hat noch nicht zu einem modernen Konzept gefunden und lehnt den demokratischen Rechtsstaat und die Marktwirtschaft ab. Ich frage mich, was passiert, wenn Öl und Gas einmal zu Ende sind. Die Religion hat im Islam einen viel grösseren Einfluss auf die Politik als in den christlich geprägten Staaten, und es wird schwieriger sein, das System umzustellen als in anderen Staaten.

Wer sollte hier Ihrer Meinung nach aktiv werden?
Ich glaube, dass man von aussen nicht allzu viel erreichen kann. Es müsste in diesen Staaten die Erkenntnis in breiten Schichten der Bevölkerung heranreifen, dass auf Dauer nur demokratische Rechtsstaaten mit einer funktionierenden Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt erfolgreich sein können. Man kann vielleicht da und dort mit etwas Entwicklungshilfe nachhelfen, aber wenn es in diesen Staaten zu keiner grundlegenden Änderung des politischen Systems kommt, nützt die Entwicklungshilfe nichts, sondern schadet oft, da sie korrupten und unfähigen Führungsschichten leichter ermöglicht, sich an ihre Macht zu klammern.

Weichen müssen sicher auch in Bezug auf den demografischen Wandel gestellt werden. Wo sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf?

Natürlich ist der Mangel an Kindern, besonders in den reicheren Staaten, ein Problem. Das mangelnde Bevölkerungswachstum und den Bedarf nach Arbeitskräften haben wir immer mit Ausländern kompensiert. Das wird auch in Zukunft der Fall sein. Wahrscheinlich werden die Weissen, die sich weniger fortpflanzen, schrittweise durch Schwarze oder Inder ersetzt werden. Ich habe ja auch eine schwarze Schwiegertochter, die ich meinem Sohn übrigens empfohlen habe (lacht). Die Wissenschaftler sagen uns, dass die Menschheit in Afrika entstanden ist. Wir in Europa sind nur wegen der geringeren Sonnentage blässer geworden.

Das heisst, Sie raten den Liechtensteinern offener zu sein? Die Betriebe hierzulande wünschen sich seit Langem eine etwas gelockerte Zuwanderung.
Ja, warum nicht. Wenn Sie lange genug den Stammbaum hinaufklettern, dann sehen Sie, dass die Wiege der Menschheit in Afrika war und noch weiter zurück zeigt sich, dass unsere nächsten Verwandten die Schimpansen sind, mit denen wir circa 80 Prozent des Erbguts teilen. Da sollte man sich nicht aufs hohe Ross setzen und auf jemanden herunter schauen, der vielleicht aus Asien, Afrika oder Lateinamerika kommt.

Sie haben einige mutige Schritte gesetzt. Würden Sie sich von der heutigen Politik mehr Mut wünschen?

Ich verstehe die Politiker, sie können nicht so mutig sein wie ein Monarch, denn sie müssen sich alle vier Jahre der Wahl stellen und können deshalb nur in kleinen Schritten vorgehen. Ein Monarch dagegen kann sich den Luxus leisten, in Generationen zu denken. Falls es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Generationen gibt, kann man die gemachten Erfahrungen von Generation zu Generation weitergeben.

Man erwartet von Politikern, dass sie enkeltaugliche Schritte setzen. Das heisst, sie sollten ebenfalls in Generationen denken?

Sollten. Reformen funktionieren aber gewöhnlich nur in Krisenzeiten, wenn in weiten Kreisen ein Konsens vorhanden ist, dass es so nicht weitergehen kann. Bei starken wirtschaftlichen Einbrüchen kann man beginnen zu reformieren. Das habe ich bei mir selbst gesehen, als wir vor dem Konkurs standen, oder als der Angriff auf den Finanzplatz kam, oder als die Verfassungsdiskussion entstand. Management by Crisis nennt man das.

Man erwartet von Politikern, dass sie enkeltaugliche Schritte setzen. Das heisst, sie sollten ebenfalls in Generationen denken?

Sollten. Reformen funktionieren aber gewöhnlich nur in Krisenzeiten, wenn in weiten Kreisen ein Konsens vorhanden ist, dass es so nicht weitergehen kann. Bei starken wirtschaftlichen Einbrüchen kann man beginnen zu reformieren. Das habe ich bei mir selbst gesehen, als wir vor dem Konkurs standen, oder als der Angriff auf den Finanzplatz kam, oder als die Verfassungsdiskussion entstand. Management by Crisis nennt man das.

Das heisst, Liechtenstein geht es noch zu gut für Reformen?

In einer sich ständig ändernden Welt werden kleinere und grössere Reformen immer wieder nötig sein.

Was wünschen Sie Prinz Joseph Wenzel, wenn er einmal sein 30-Jahr-Thronjubiläum feiert?

Ich hoffe, dass es so positiv für unser Land weitergeht, wie es die vergangenen Jahre der Fall war. Das 20. Jahrhundert war für uns ein gutes, verglichen mit dem Rest von Europa. Wir haben zwei Weltkriege unversehrt überstanden, Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten wir ein hohes wirtschaftliches Wachstum generieren. Wir verfügen über eine gut ausgebildete Bevölkerung, funktionierende Institutionen und auch die Frage des Staatsmodells erscheint mir nun als gelöst. Wenn also nichts Unvorhergesehenes passiert, kann es ruhig so weitergehen.